

FACTSHEET

Migration in der Europawahl 2024

Inhaltsverzeichnis

FRANKREICH	2
Frankreich als Einwanderungsland.....	2
Europawahl: Rassemblement National in Umfragen weit vorne.....	2
Migrationsdebatten drehen sich um Identität und Kriminalität.....	3
ITALIEN	6
Italien als Einwanderungsland	6
Europawahl: Die Wahl spaltet die Regierungskoalition	7
Die Debatte um Migration	9
POLEN	10
Polen als Einwanderungsland	11
Zwei Migrationsbewegungen machten Polen zum Einwanderungsland.....	12
Europawahl: EU-Asylpolitik im Mittelpunkt.....	13

FRANKREICH

Frankreich als Einwanderungsland

2023 wurden in Frankreich rund 167.000 Asylanträge [gestellt](#) – deutlich mehr als in den Jahren zuvor. Zum Vergleich: In Deutschland waren es 334.000. Insgesamt kamen nach Frankreich in den letzten Jahren aber deutlich weniger Menschen als etwa nach Deutschland: So sind dort aktuell [laut UNCHR](#) rund 70.000 Geflüchtete aus der Ukraine registriert – im Vergleich zu über einer Million in Deutschland.

Frankreich ist aktuell also [weniger von Migration geprägt](#) als andere EU-Staaten: Der Anteil der „Foreign born“, also im Ausland geborenen, lag laut Eurostat in Frankreich 2023 bei 13,1 Prozent. Damit liegt das Land EU-weit auf Platz 15, deutlich hinter Deutschland (mit 19,5 Prozent auf Platz 7), Österreich, Schweden oder Spanien.¹ Ein Grund sind [strenge Regeln](#) für qualifizierte Zuwanderer.² Zugleich war Frankreich lange aufgrund der Kolonialgeschichte ein wichtiges Einwanderungsland. Das zeigt sich weiterhin: 2022 [kamen](#) rund 48 der Eingewanderten aus einem afrikanischen Staat. 12,5 Prozent kamen aus Algerien, 11,9 Prozent aus Marokko und 8,2 Prozent aus Portugal.³

Europawahl: Rassemblement National in Umfragen weit vorne

Bei den letzten beiden Europawahlen gewann die rechtsextreme Partei Rassemblement National (RN), zuvor Front National, mit knappem Vorsprung: 2014 mit 24,86 Prozent vor der Mitte-Rechts-Partei UMP mit 20,81 Prozent und 2019 mit 23,34 Prozent knapp vor Macrons Bündnis mit 22,42 Prozent.⁴

Aktuelle Umfragen sagen für die Europawahl im Juni einen deutlicheren Vorsprung für die Liste Rassemblement National voraus: In einer [Umfrage](#) von IPSOS kam sie im April auf 32 Prozent, das Bündnis Renaissance von Macron auf 16 Prozent.⁵

¹ Eurostat „Bevölkerung nach Geburtsland – Im Ausland geborene Personen“, [LINK](#) sowie „Bevölkerung am 1. Januar“, [LINK](#)

² vgl. Akoka und Salin (2022): „Migration und Migrationspolitik in Frankreich – Entwicklungen und aktuelle Debatten“, bpb, [LINK](#)

³ Französisches Statistikinstitut INSEE: „L'essentiel sur... les immigrés et les étrangers“, [LINK](#);

⁴ Europäisches Parlament; Offizielle Datenblätter zur Wahl zum Europäischen Parlament, [LINK](#)

⁵ IPSOS-Umfrage „Européennes 2024 : le Rassemblement National en tête à deux mois du scrutin“, [LINK](#)

Der Wahlkampf wird sich zwischen den beiden Parteien abspielen, beide haben aber kein wirkliches Programm für die Wahl vorgestellt. Das RN stellt sich deutlich gegen die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und [deklariert](#) die Europawahl zum Referendum über Migration. Die Zuständigkeit für das Thema will es auf die nationale Ebene zurückholen. Macron ist ein Verfechter [der GEAS-Reform](#). Bei Fragen zur Migration, Identität oder dem Islam wird ihm vorgeworfen, in den letzten Jahren [nach rechts gerückt](#) zu sein – zuletzt zeigte sich das in der Debatte zur Einwanderungsreform (siehe unten). Macron verwendet im Bezug auf Migration häufig den [Slogan](#) „Fermeté et humanité“ – in etwa „Härte und Menschlichkeit“.

Migrationsdebatten drehen sich um Identität und Kriminalität

In einer [Eurobarometer-Umfrage](#)⁶ vom Februar 2024 zeigten Befragte aus Frankreich einen deutlich negativeren Blick auf die EU als der EU-Durchschnitt. Als wichtigstes Thema vor der Europawahl nannten sie den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Migration kommt erst nach einigen anderen Themen wie Klimawandel, dem Gesundheitssystem oder Kriminalität.

Dennoch: Migration wird auch das dominierende Thema im Europawahlkampf sein, so die Einschätzung von Mariana Mendes, Politik- und Sozialwissenschaftlerin am Institut [MIDEM](#). „Die ohnehin schon negative Debatte hat aktuell einen neuen Höhepunkt erreicht. Die rechtsextremen Kräfte geben dabei ganz klar den Ton an. Im Diskurs der extremen Rechten wird Migration als Bedrohung für die französische Identität und die Sicherheit sowie als Last für den Wohlfahrtsstaat dargestellt. Migration wird immer wieder mit Kriminalität, Missachtung der republikanischen Werte oder Islamismus in Verbindung gebracht.“

Das rechtsextreme Rassemblement National um Marine Le Pen prägt seit Jahren die Migrations-Debatte in Frankreich. Daneben gab es den rechtsextremen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen 2022: Éric Zemmour verbreitete Verschwörungserzählungen vom „großen Austausch“ und forderte eine „Null-Einwanderungspolitik“. Immer wieder zu hören ist auch der Begriff „submersion“, also eine „Überflutung“ durch Migration. Debatten um etwa Fachkräftemangel oder Integration spielten aktuell kaum eine Rolle in den politischen Debatten, so die Forscherin.⁷

⁶ Europäische Union (2024): Eurobarometer Frühjahr 2024: „Factsheet France“, [LINK](#)

⁷ vgl. Akoka und Salin (2022): „Migration und Migrationspolitik in Frankreich – Entwicklungen und aktuelle Debatten“, bpb, [LINK](#); Mendes (2022): „Vor den französischen Präsidentschaftswahlen 2022: Migration im Politischen Diskurs“, [LINK](#)

Zwei weitere Themen prägten in den letzten Monaten die Migrationsdebatten in Frankreich:

1. Einwanderungs-Reform mit Stimmen der Rechten

Im Januar ist in Frankreich ein neues [Einwanderungsgesetz](#) verabschiedet worden: „das Gesetz, um Einwanderung zu kontrollieren, Integration zu verbessern“. Es war eines der wichtigsten Vorhaben Macrons. Das Gesetz wurde heftig debattiert, das RN und die konservativen Républicains verhandelten mehrere Verschärfungen rein. Nur [mit ihrer Hilfe](#) konnte das Gesetz verabschiedet werden, das RN feierte es als „ideologischen Sieg“. Viele Abgeordnete der Regierungsparteien stimmten dagegen, der Gesundheitsminister trat zurück.

Der Verfassungsrat, das französische Verfassungsgericht, [kippte](#) im Januar über ein Drittel der Artikel – nachdem Macron selbst das Gremium zur Prüfung aufgefordert hatte. Insbesondere viele Verschärfungen, die die rechten Parteien eingefordert hatten, wurden wieder gestrichen. Die Begründung: Sie hätten wenig mit dem [Ausgangstext zu tun](#), einige seien verfassungswidrig.⁸

Die wichtigsten Änderungen im Gesetz:

- Vorübergehender Aufenthaltstitel für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität, die in Berufen mit Arbeitskräftemangel arbeiten (Artikel 27); erleichterte Zuwanderung für Ärzt*innen und Pharmazeut*innen (Artikel 31)
- Asylverfahren sollen beschleunigt, dafür werden Zentren „France asile“ eingerichtet (Artikel 62)
- Asylsuchende sollen leichter inhaftiert werden können (Artikel 41), Ausländer*innen mit regulärem Aufenthalt, die schwere Straftaten begehen, sollen leichter abgeschoben werden können (ab Artikel 35).

Der Verfassungsrat hat 35 von 86 Artikeln gestoppt, [darunter](#):⁹

- Erschwerter Zugang zu Sozialleistungen für nicht-EU-Ausländer
- Erschwerter Familiennachzug
- Kautionspflicht für ausländische Studierende für den Fall, dass sie abgeschoben werden
- Jährlich festgelegte Migrations-Quoten
- Wiedereinführung des Straftatbestands „illegaler Aufenthalt“.

⁸ Gaillet und Hempelmann (2024): „Mit der Verfassung spielt man nicht“, Artikel auf dem Verfassungsblog, [LINK](#); vgl. Vie Publique „Loi du 26 janvier 2024 pour contrôler l'immigration, améliorer l'intégration“ vom 27. Januar 2024, [LINK](#)

⁹ vgl. Vie Publique „Loi du 26 janvier 2024 pour contrôler l'immigration, améliorer l'intégration“ vom 27. Januar 2024, [LINK](#); Gerichtsentscheidung „Décision n° 2023-863 DC du 25 janvier 2024“, [LINK](#)

2. Mayotte: Kleine Insel im Fokus einer Debatte um Zugehörigkeit

Eine kleinere Debatte dreht sich gerade um die Insel Mayotte, französisches Überseegebiet zwischen Mosambik und Madagaskar. Aktuell kommen dort viele Migrant*innen und Geflüchtete an. Viele leben dort unter extrem prekären Bedingungen und hängen auf der Insel fest, unter anderem wegen zahlreicher Ausnahmen des französischen Asylrechts.

Innenminister Gérald Darmanin hat im Februar [angekündigt](#), das ius-soli-Prinzip (also Geburtsortprinzip) für Mayotte abschaffen zu wollen. Dafür müsste die Verfassung geändert werden hinsichtlich des Sonderstatus für die französischen Überseegebiete. Fachleuten zufolge würde Frankreichs Gleichheitsprinzip dadurch [gekippt](#).¹⁰

Die Ausgangslage: Angeblich versuchen Migrant*innen, ihre Kinder dort auf die Welt zu bringen, um sich einen Aufenthaltsstatus zu sichern. Es erhalten jedoch nicht alle Personen, die in Frankreich geboren werden, die französische Staatsbürgerschaft: Das ist für Kinder ausländischer Eltern [nur möglich](#), wenn auch schon ein Elternteil in Frankreich geboren wurde. Ist das nicht der Fall, gelten [strengere Regeln](#) – und nochmal [strengere Regeln](#) auf Mayotte. Das Rassemblement National fordert schon länger, das ius-soli-Prinzip abzuschaffen.¹¹

¹⁰ Marie Walter-Franke (2024): „Jus Soli auf Mayotte: Wegen zu hoher Zuwanderungszahlen will Frankreich das Gleichheitsprinzip kippen“, [LINK](#)

¹¹ Marie Walter-Franke (2024): „Jus Soli auf Mayotte: Wegen zu hoher Zuwanderungszahlen will Frankreich das Gleichheitsprinzip kippen“, [LINK](#); Code Civil, Article 19-3, [LINK](#) und Article 22-11, [LINK](#); Jules Lepoutre: „Ius soli as ‘pull factor’? French reform plans for the island of Mayotte“, [LINK](#)

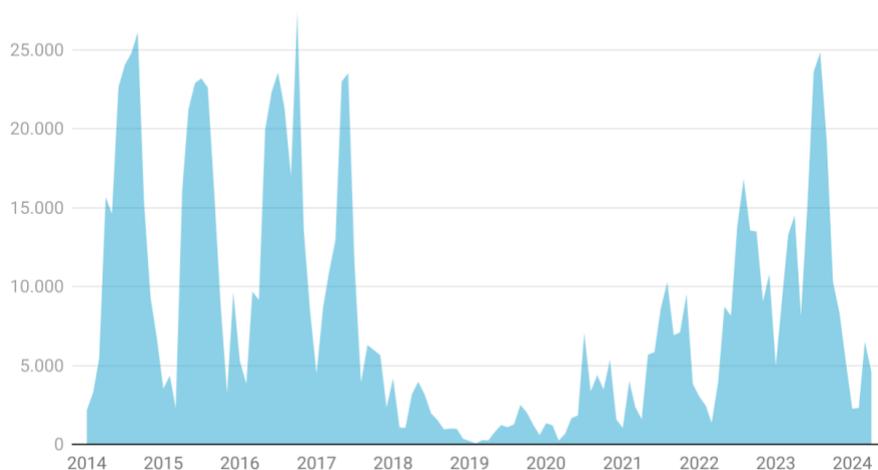
ITALIEN

Italien als Einwanderungsland

Wenn es um Fluchtmigration aus Afrika geht, steht Italien oft im Fokus. Denn Personen, die aus Nordafrika Europa erreichen möchten, nutzen mehrheitlich die zentrale Mittelmeer-Route, die nach Italien führt. 2023 kamen die meisten von ihnen ursprünglich aus Bangladesch, Syrien, Tunesien und Guinea.¹² Die Zahl der Personen, die Italien über diese Route erreichen, schwankt massiv von Monat zu Monat und von Jahr zu Jahr: Nach einem starken Anstieg 2022-2023 ging sie in den vergangenen vier Monaten deutlich zurück.

Zahl der Ankünfte schwankt sehr stark

Monatliche Zahl von Migrant*innen, die Italien über das Mittelmeer erreicht haben



Grafik: MEDIENDIENST INTEGRATION 2024 • Quelle: UNHCR, Mediterranean Data Portal, Italy • Erstellt mit Datawrapper

In der italienischen Politik wird das Thema Migration meistens im Hinblick auf Grenzpolitik, Seenotrettung oder die Aufnahme von Geflüchteten behandelt. In den vergangenen Jahren war oftmals von einem erhöhten „Migrationsdruck“ (pressione migratoria) die Rede.¹³ Die Daten zeigen allerdings: Sowohl die Zahl der Ausländer*innen als auch die der im Ausland geborenen Personen (foreign born) ist in den vergangenen zehn Jahren nicht signifikant gestiegen.¹⁴

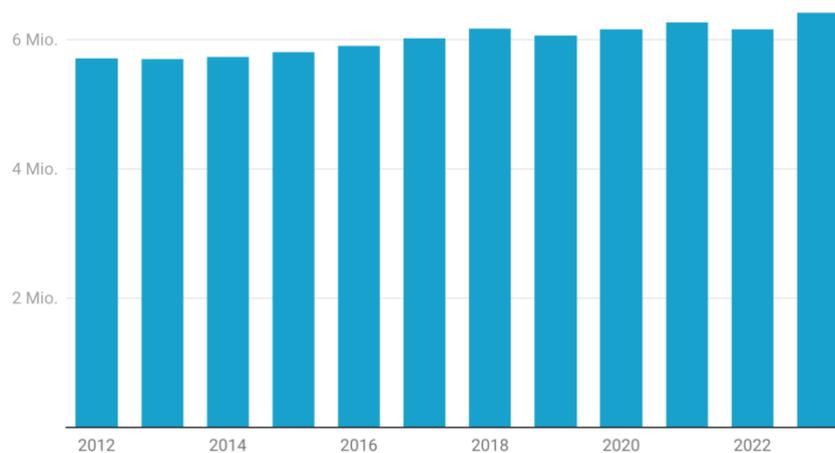
¹² Ministero dell'Interno (2024), Cruscotto statistico giornaliero al 31 dicembre 2023 [LINK](#)

¹³ Siehe z.B. Il Sole 24 Ore (2024), Piantodosi: „Pressione migratoria fortissima. C'è il rischio di radicalizzazioni islamiste“, 17.10.2023 [LINK](#)

¹⁴ Eurostat (2024), Foreign Born Population [LINK](#)

Zahl der Einwanderer*innen in Italien ist in den vergangenen 10 Jahren wenig gewachsen

Zahl der im Ausland geborenen Personen (foreign born) zum Jahresende



Grafik: MEDIENDIENST INTEGRATION 2024 • Quelle: Eurostat, Foreign Born Population • Erstellt mit Datawrapper

Geflüchtete spielen eine geringere Rolle in der ausländischen Bevölkerung als oft angenommen: Von den rund 6,4 Millionen „foreign borns“ kommen rund die Hälfte aus europäischen Ländern – ein Viertel aus einem Land der Europäischen Union. Die Top-4 Nationalitäten sind Rumänien (etwa 902.000 Personen), Albanien (534.000), Marokko (473.000) und China (235.000).¹⁵

Einwanderer*innen spielen eine wichtige Rolle im italienischen Arbeitsmarkt. Die rund 2,4 Millionen ausländische Beschäftigte machen mehr als 10 Prozent aller Beschäftigten aus. Die Beschäftigungsquote liegt für Ausländer*innen bei 60,6 Prozent (0,5 Prozentpunkte höher als bei Italiener*innen). Ausländer*innen sind besonders im Niedriglohnsektor und als Geringqualifizierte tätig.¹⁶

Europawahl: Die Wahl spaltet die Regierungskoalition

Die italienische Parteienlandschaft ist traditionell sehr heterogen mit zahlreichen Parteien, die breite Wahlbündnisse schmieden. Die aktuelle Regierungskoalition besteht aus drei Hauptparteien: „Fratelli d'Italia“, „Lega“ und „Forza Italia“. Die Partei von Regierungschefin Giorgia Meloni, „Fratelli d'Italia“ ist die stärkste Partei im italienischen Parlament mit 26 Prozent der Wähler*innenstimmen.

¹⁵ Ibid.

¹⁶ Ministero del Lavoro (2023), XIII Rapporto “Gli stranieri nel mercato del lavoro in Italia” [LINK](#)

"Fratelli d'Italia" könnte um 20 Prozentpunkte zulegen, die "Lega" ebenso viele verlieren

Hauptparteien im italienischen Parlament, Wahlergebnisse EU-Wahl 2019 und aktuelle Umfragewerte

	Partei	Orientierung	Wahlergebnisse Eropawahl 2019	Umfragewerte (Ipsos März 2024)
Regierung	Fratelli d'Italia	Nationalistisch, rechtspopulistisch	6,4%	27%
	Lega	Rechtspopulistisch	34,3%	8,2%
	Forza Italia	Mitte rechts	8,8%	8,2%
Opposition	Partito democratico	Mitte links	22,7%	19%
	Movimento 5 Stelle	Populistisch, direktdemokratisch	17,1%	17,4%
	+ Europa	Liberal	3,1%	2,6%
	Italia Viva	Zentrum	-	3,4%
	Azione	Zentrum	-	3%
	Alleanza Verdi e Sinistra	Links	4,1%*	4,1%

* Summe der Wahlergebnisse von "Europa Verde" und „La sinistra“ 2019

Table: MEDIENDIENST INTEGRATION 2024 • Source: Ipsos, Elezioni Europee 2024: sondaggi, come e quando si vota (März 2024) • Created with Datawrapper

Alle Parteien beklagen eine zu geringe Solidarität unter EU-Mitgliedstaaten, wenn es darum geht, Schutzsuchende und Migrant*innen zu verteilen. Italien gilt als erster Einreisestaat für viele Asylbewerber*innen – und sollte somit laut Dublin-III-Verordnung für ihre Asylanträge zuständig sein. Viele der Migrant*innen und Geflüchtete, die die italienischen Küsten erreichen, reisen jedoch in andere EU-Länder weiter. Verteilungsmechanismen haben bis jetzt nur bedingt funktioniert.¹⁷

Die Parteien von Melonis Regierungskoalition stehen für eine strenge Migrationspolitik, engmaschige Grenzkontrollen und eine allgemeine Einschränkung von irregulärer Zuwanderung. Innerhalb der Koalition gibt es allerdings erhebliche Unterschiede. Matteo Salvinis „Lega“ (teil der „Identität und Demokratie“-Fraktion des Europäischen Parlaments) verfolgt eine strenge Anti-Einwanderungspolitik mit starkem Bezug zur „Europäischen Identität“ – nach dem Muster von anderen Parteien der Fraktion wie etwa dem französischen Rassemblement National und der niederländischen PVV.¹⁸ Obwohl sie vor

¹⁷ Siehe Mediendienst Integration (2024), „Umverteilung von Geflüchteten in der Europäischen Union“ [LINK](#)

¹⁸ Siehe: Istituto Affari Internazionali (2022), „Italy's Far-Right and the Migration Debate: Implications for Europe“ [LINK](#)

wenigen Jahren ähnliche Töne anschlug, hat sich Regierungschefin Meloni inzwischen in ihren Äußerungen zum Thema deutlich gemäßigt.¹⁹

Auch in der Regierungspolitik gibt es scheinbar Widersprüche. Einerseits hat Italien die Regeln für Seenotrettung verschärft – und dadurch die Arbeit von Rettungsschiffen im Mittelmeer deutlich erschwert.²⁰

Andererseits will die Regierung viel mehr Arbeitsmigrant*innen nach Italien holen.²¹ Allein für 2024 hat die Regierung mehr als 150.000 Aufenthaltserlaubnisse für Drittstaatsangehörige vorgesehen.²² In vielen Fällen ermöglichen sie Personen, die schon länger irregulär in Italien arbeiten und leben, ihren Aufenthaltsstatus zu regularisieren. Der Bedarf nach ausländischen Arbeitskräften geht jedoch weit über die vorgegebenen Quoten hinaus: Innerhalb weniger Tage haben italienische Arbeitgeber rund 690.000 Aufenthaltserlaubnisse für Arbeitskräfte gestellt – fast fünfmal mehr als per Gesetz vorgesehen.²³

Das Thema legale Migration steht auch im Mittelpunkt für die größte Oppositionspartei, Partito Democratico (PD). Auch die PD fokussiert sich in ihren Richtlinien zum Thema Migration weitestgehend auf die Themen Fluchtmigration, Grenzpolitik und Seenotrettung.²⁴

Die Debatte um Migration

Einer der zentralen Punkte von Melonis Migrationspolitik sind die **Beziehungen zu Drittstaaten**. Im Sommer 2023 hat die italienische Regierung ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und der tunesischen Regierung in die Wege geleitet. Dadurch verpflichtet sich Tunesien, die Migrationsrouten stärker zu kontrollieren. Das Abkommen wurde von Flüchtlingshilfsorganisationen aufgrund zahlreicher Menschenrechtsverletzungen in Tunesien vehement kritisiert.²⁵ Die Meloni-Regierung strebt weitere Abkommen mit anderen afrikanischen Ländern an.²⁶

Im November 2023 hat die italienische Regierung ein weiteres Abkommen mit Albanien unterschrieben. Demnach verpflichtet sich das Balkanland dazu, Migrant*innen und

¹⁹ Oliviero Angeli (2023), „Giorgia Meloni und die Migrationsfrage - Rückblick auf ein Jahr Regierung“ [LINK](#)

²⁰ Financial Times (2023), „Meloni is making it harder for NGOs to rescue migrants lost at sea“ (30.1.2023) [LINK](#)

²¹ Oliviero Angeli (2023), „Giorgia Meloni und die Migrationsfrage - Rückblick auf ein Jahr Regierung“ [LINK](#)

²² Ministero dell'Interno (2024), Decreto Flussi 2024 [LINK](#)

²³ Ministero del Lavoro (2024), „Flussi 2024, già 690 mila domande per 151 mila quote disponibili“ [LINK](#)

²⁴ Partito Democratico (2023), „Le proposte del PD sull'immigrazione“ [LINK](#)

²⁵ Mediendienst Integration (2023), „Der EU-Tunesien-Deal wird Schleuser-Systeme stärken“ [LINK](#)

²⁶ Presidenza del Consiglio dei Ministri (2024), „Vertice Italia-Africa, l'intervento di apertura del Presidente Meloni“ [LINK](#)

Geflüchtete, die in internationalen Gewässern aufgefangen werden, aufzunehmen. Schutzsuchende sollen in Albanien einen Asylantrag nach italienischem und EU-Asylgesetz stellen können. Das Abkommen ist sehr umstritten, denn es bestehen Zweifel über die rechtliche Umsetzung sowie darüber, wie Migrant*innen und Geflüchtete in Albanien untergebracht – und später nach Italien übermittlelt oder zurückgeführt werden sollen.²⁷

Während die Drittstaaten-Lösung von allen Regierungsparteien unterstützt wird, sind diese in anderen zentralen migrationspolitischen Fragen uneinig. So unterstützen Meloni und die Verbündeten von „Forza Italia“ die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems als wichtigen Fortschritt in der europäischen Asylpolitik.²⁸ Die Gruppe ihrer Koalitionspartner*innen der „Lega“ im EU-Parlament hat sich hingegen gegen das Reformpaket gestellt.

Wie stark die italienische Politik und Öffentlichkeit sich mit dem Thema Migration auseinandersetzen, hängt maßgeblich von der Nachrichtenlage ab. Dadurch, dass weniger Migrant*innen und Geflüchtete über das Mittelmeer in Italien ankommen, spielt das Thema derzeit offenbar keine zentrale Rolle in der politischen Debatte. Das Thema Migration wird laut dem Eurobarometer im März 2024 nur von 17 Prozent der Befragten in Italien als Priorität angesehen – deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (24 Prozent).²⁹

Italiener*innen sehen tendenziell Einwanderung als Problem. Obwohl der italienische Arbeitsmarkt offenbar auf Einwanderung angewiesen ist, ist der Anteil der Italiener*innen, die Einwanderung als Problem ansehen deutlich höher als in anderen europäischen Ländern.³⁰

²⁷ Mediendienst Integration (2023), „Strenge Regeln für Asylverfahren in Drittstaaten“ [LINK](#)

²⁸ Siehe Mediendienst Integration (2024), Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems [LINK](#)

²⁹ Eurobarometer (2024), „Spring Survey 2024 Factsheet Italy“ [LINK](#)

³⁰ Siehe Die Padova, Chiurco, Rosano (2023), „L’atteggiamento verso gli immigrati“ [LINK](#)

POLEN

Polen als Einwanderungsland

Seit 2018 entwickelt sich Polen vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland. Dennoch: Der Anteil der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte ist im internationalen Vergleich niedrig. So waren 2023 nur 2,5 Prozent der rund 38 Millionen Einwohner*innen im Ausland geboren (in Deutschland waren es 19,5 Prozent).³¹

Seit Dezember wird Polen von einem liberal-zentristischen Regierungsbündnis unter dem Vorsitz der Bürgerkoalition (KO) regiert, die den Premierminister Donald Tusk stellt. Die Koalition übernahm nach zwei Amtszeiten der rechtskonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Die PiS hatte acht Jahre lang einen Konfrontationskurs mit der EU in Sachen Asylpolitik gefahren und 2023 (zeitgleich mit der Parlamentswahl) ein Referendum gegen die Asylpolitik der Europäischen Union einberufen.³²

Tusks Regierung verkündete [im Februar](#), bis 2030 eine Reihe migrationspolitischer Gesetze auf den Weg zu bringen. Der federführende Unterstaatssekretär Maciej Duszczyk sieht Polen als Einwanderungsland vor neuen Aufgaben und [führt Deutschland](#) regelmäßig als Negativbeispiel für verpasste Integration an.

Das Gesetzpaket soll auch [Todesfälle Geflüchteter](#) an der **polnisch-belarusischen Grenze** verhindern. Die liberal-progressive Regierung unter Tusk setzt in der Grenzpolitik aber grundsätzlich den restriktiven Kurs der PiS-Regierung fort.³³

³¹ BPB (2024) „Ukrainische Migrantinnen und Migranten in Polen“, 16.2.24, [LINK](#); Eurostat (2024) „Bevölkerung nach Geburtsland - Im Ausland geborene Personen“, [LINK](#); Eurostat (2024); „Bevölkerung am 1. Januar“ [LINK](#), eigene Berechnung. In dieser Rechnung werden Geflüchtete aus der Ukraine nicht berücksichtigt, da laut Eurostat „Foreign born“-Personen mindestens 12 Monate in einem Land gelebt haben müssen, um in der Statistik erfasst zu werden.

³² Grażyna Baranowska (2023), „Poland’s Sham ‘Migration’ Referendum in ‚Verfassungsblog‘“ 11.10.2023 [LINK](#)

³³ Innenministerium Polen (2024) Pressemitteilung: „Harmonogram prac nad stworzeniem kompleksowej, odpowiedzialnej i bezpiecznej strategii migracyjnej Polski na lata 2025-2030“, 01.02.2024, [LINK](#)

Zwei Migrationsbewegungen machten Polen zum Einwanderungsland

1. Ukrainische Geflüchtete

Polen hat nach Deutschland die größte Zahl ukrainischer Kriegsflüchtlinge aufgenommen, derzeit sind es rund [954.000](#) (Stand: 09. April 2024). Im Sommer 2022 waren es zeitweise [1,6 Millionen](#). Schon vor Februar 2022 lebten schätzungsweise bis zu 1,5 Millionen Ukrainer*innen in Polen.

Viele Ukrainer*innen sind nach Polen gezogen, nachdem die polnische Regierung 2013 die Voraussetzungen für Arbeitsmigration aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion gelockert hat. 2014 brach dann Krieg in den östlichen Regionen des Landes aus. Die meisten, die vor 2022 kamen, waren Männer, sehr viele hatten [befristete Aufenthaltstitel sowie Arbeitsverträge](#) im Niedriglohnssektor.³⁴

2. Arbeitsvisa an Drittstaaler*innen

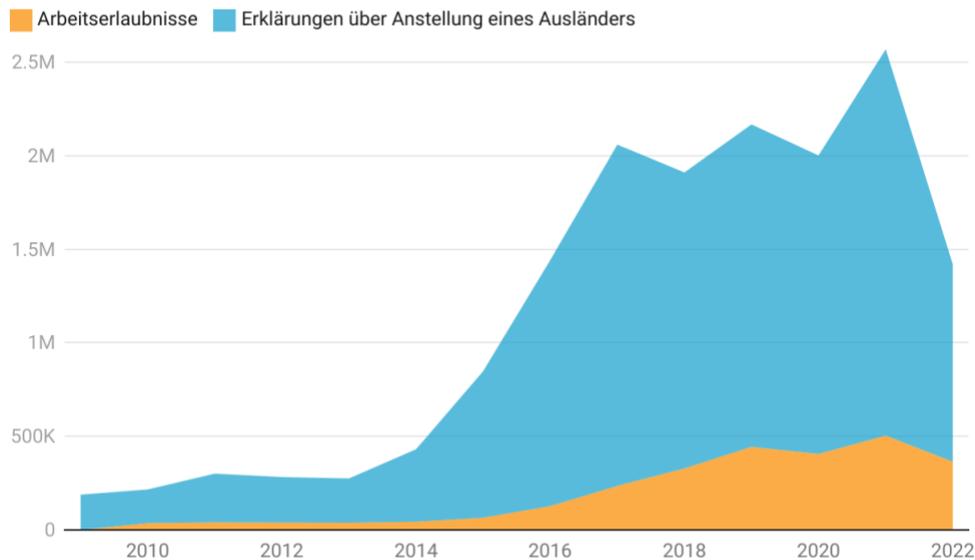
Polen vergibt seit etlichen Jahren europaweit die meisten Aufenthaltstitel zu Arbeitszwecken: Die Zahl stieg von 2013 bis zum Höhepunkt 2021, als Polen mit mehr als [790.000](#) knapp 60 Prozent aller Aufenthaltstitel aus Beschäftigungsgründen in der EU (erstmalig erteilte Aufenthaltstitel) erteilte. 2022 waren es rund 447.000.³⁵ Eine laufende [Untersuchungskommission](#) soll Korruptionsfälle in der Arbeitsvisa-Vergabe durch die PiS Regierung aufklären.

³⁴ Bundesamt für Statistik (Urząd statystyczny) (2024). [LINK](#); UNHCR (2024) Ukraine Refugee Situation, [LINK](#); BPB (2024) "Ukrainische Migrantinnen und Migranten in Polen" 16.2.24, [LINK](#); Duszczyk, M., Kaczmarczyk, P. (2022): "The war in Ukraine and migration to Poland: Outlook and challenges". *Intereconomics*, Jg. 57, Nr. 3, S. 164–170

³⁵ Eurostat (2023) „Erstmals erteilte Aufenthaltstitel nach dem Grund für die Erteilung, der Gültigkeitsdauer und nach der Staatsangehörigkeit“, [LINK](#); Notes from Poland (2022), „Poland issues EU’s most residence permits to immigrants for fifth year running“, August. [LINK](#)

Zahl der in Polen beschäftigten Drittstaatsangehörige ist seit 2013 stark gestiegen

Arbeitserlaubnisse und "Erklärungen über Anstellung eines Ausländers" für Drittstaatsangehörige im Jahr



* Erklärungen über Anstellung von Ausländern erfüllen den Zweck der kurzfristigen Anstellung von Ausländern, die keine Arbeitserlaubnis besitzen und aus einem der folgenden sechs Staaten kommen: Armenien, Belarus, Georgien, Moldau, Russland (bis Oktober 2022) und Ukraine.

Chart: Marta Kozłowska • Source: Quelle: Daten des Polnischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Soziales / Darstellung Marta Kozłowska. • Created with Datawrapper

Europawahl: EU-Asylpolitik im Mittelpunkt

Die Bürgerkoalition führte in Umfragen zuletzt mit [31 Prozent](#) Zustimmung deutlich vor der PiS (22 Prozent); auf den zentristisch-konservativen Dritten Weg (Trzecia Droga) und die Neuen Linken entfielen jeweils elf Prozent.³⁶

Bei den Wahlen 2019 gewann die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), die zu der Zeit Polens Regierung stellte, 25 der 52 polnischen Sitze im Europarlament. Die Bürgerplattform kam auf 11 Sitze, die Neue Linke auf fünf.³⁷

Der Startschuss für die Wahlkampagne fiel in Polen erst [in der zweiten Aprilwoche](#). Bislang bestimmen [personalpolitische Entscheidungen](#) die Debatten, Wahlprogramme gibt es keine.³⁸ Sicher ist aber: Die PiS wird vor allem mit strikter Ablehnung der EU-Asylpolitik auf

³⁶ Ewbory EU, Umfragen [LINK](#)

³⁷ European Elections Results 2019 [LINK](#)

³⁸ Siehe Wyborcza.pl (2024), „Partie szykują się na eurowybory. Tusk dał jasny sygnał, Kaczyński ma plan dla Kurskiego“ [LINK](#); Rzeczpospolita (2024), „PiS układa listy śmierci na wybory do PE. Zaskakujące nazwiska na i poza listami“ [LINK](#)

Wählerfang gehen. Zentral ist in der polnischen Debatte die Umverteilung Geflüchteter auf die EU-Mitgliedstaaten – [Umfragen zufolge](#) lehnen die meisten Pol*innen den sogenannten Solidaritätsmechanismus, den die GEAS-Reform vorsieht, ab.

Seitdem die **Bürgerkoalition** im Dezember 2023 Polen regiert, hat sich das Verhältnis zwischen Polen und der EU deutlich entspannt, etwa in Punkto Rechtstaatlichkeit. In der europäischen Migrations- und Asylpolitik vertritt die Bürgerkoalition jedoch eine ähnlich [restriktive Linie](#). So ist sie wie die PiS erklärter Gegner der GEAS-Reform.

Laut dem „Eurobarometer“ befinden die meisten Pol*innen Migration für nicht so zentral für die Europawahl wie etwa [Sicherheitspolitik und die Gesundheitsversorgung](#) (S. 13).³⁹

70 Prozent der Pol*innen gab, an den Europawahlen teilnehmen zu wollen (Stand: April 2024). 2019 lag die Wahlbeteiligung bei knapp [46 Prozent](#).⁴⁰

³⁹ Eurobarometer (2024), „EP Spring 2024 Survey: Use your vote - Countdown to the European elections - National presentations Poland – en“, [LINK](#)

⁴⁰ Eurobarometer (2024), EP Spring 2024 Survey: „Use your vote - Countdown to the European elections - National presentations Poland – en“, [LINK](#); Staatliche Wahlkommission Polen (Państwowa Komisja Wyborcza) „Wybory do Parlamentu Europejskiego 2019“, [LINK](#)